



Kreistagsfraktion
Portastr. 13 / Kreishaus
32382 Minden
Tel.: 0571/807-21130
E-Mail:
DieGruenen.KT@minden-luebbecke.de

An den Landrat
des Kreises Minden-Lübbecke
Herrn Doğan

09.03.2026

Sehr geehrter Herr Doğan,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Minden-Lübbecke stellt folgenden Antrag zur Beratung im Personalausschuss:

Beschlussfassung zur Flexibilisierung der Personalbewirtschaftung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt im Zusammenhang mit dem Haushaltsbeschluss 2026:

1. Der Kreistag bestätigt das Ziel einer zurückhaltenden Personalentwicklung im Haushalt 2026.
2. Gleichzeitig wird die Verwaltung ermächtigt, im Rahmen der Personalbewirtschaftung im Einzelfall von der bisherigen Verpflichtung abzuweichen, dauerhaft 35 Stellen unbesetzt zu halten, sofern
 - die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung gefährdet ist oder
 - eine Besetzung geeignet ist, finanzielle Folgekosten zu vermeiden.
3. Bei der Priorisierung der Besetzung von Stellen sind insbesondere solche Aufgabenbereiche zu berücksichtigen, in denen personelle Engpässe zu erheblichen finanziellen Folgewirkungen führen können. Dies betrifft insbesondere
 - den Baubereich, sofern Verzögerungen bei Planungs-, Genehmigungs- oder Bauprozessen zu Kostensteigerungen führen oder die fristgerechte Inanspruchnahme von Fördermitteln gefährden können,
 - den Gesundheits- und Veterinärbereich, soweit dies zur Sicherstellung des Gesundheitsschutzes sowie zur Erfüllung gesetzlicher Kontroll- und Überwachungsaufgaben erforderlich ist.
4. Über entsprechende Entscheidungen berichtet die Verwaltung dem Personalausschuss halbjährlich.

Begründung:

Der Haushalt 2026 steht weiterhin unter erheblichem finanziellem Druck. Vor diesem Hintergrund wurde der Stellenplan bewusst als Null-Stellenplan aufgestellt.

Die Verpflichtung, dauerhaft 35 Stellen unbesetzt zu halten, wurde ursprünglich als Konsolidierungsmaßnahme beschlossen. Gleichzeitig zeigen aktuelle Rückmeldungen aus der Verwaltung und dem Personalrat, dass sich in einzelnen Organisationseinheiten strukturelle Überlastungssituationen entwickelt haben.

Eine pauschale Besetzungssperre kann in einzelnen Aufgabenbereichen dazu führen, dass notwendige Maßnahmen verzögert werden oder wirtschaftliche Nachteile entstehen.

Dies gilt insbesondere

- im Baubereich, wo Verzögerungen bei Planungs- und Genehmigungsprozessen zu erheblichen Kostensteigerungen bei Bauprojekten führen können und zudem Fördermittel an Fristen gebunden sind,
- sowie im Veterinär- und Gesundheitsbereich, in dem gesetzliche Kontroll- und Überwachungsaufgaben dauerhaft und zuverlässig erfüllt werden müssen.

Eine gezielte und priorisierte Besetzung von Stellen kann daher dazu beitragen, wirtschaftliche Folgekosten zu vermeiden und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen.

Der Antrag schafft hierfür einen begrenzten Handlungsspielraum im Rahmen der Personalbewirtschaftung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, den Antrag im Personalausschuss zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Melanie Hövert
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN